

Christiane Schnura, geb. 1958, Diplom-Sozialpädagogin, seit 2001 Koordination der Kampagne für Saubere Kleidung; Schwerpunkte: Koordinierung der Aktionen der 19 Trägerorganisationen Kampagne für ‚saubere‘ Kleidung; Implementierung von Sozialstandards als Vergabekriterium bei der Beschaffung von Arbeitsbekleidung der öffentlichen Hand

Köln sagt ja zur fairen Beschaffung - Vom Beschluss zur Praxis

Mittlerweile haben über 150 Kommunen und Gemeinden in Deutschland den Beschluss gefasst, keine Produkte mehr einzukaufen, die durch ausbeuterische Kinderarbeit produziert wurden. Einige Kommunen gehen sogar noch weiter. Sie wollen nur noch Produkte kaufen, deren Produktion unter Berücksichtigung der ILO-Kernarbeitsnormen stattfand. Ferner lehnen bereits 6 Bundesländer ab, Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu kaufen. Durch das im Februar 2009 verabschiedete modernisierte Vergaberecht hat auch der Bund klar Stellung bezogen. Das neue Vergaberecht ermöglicht, soziale und ökologische Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe zu berücksichtigen.

Auch die Stadt Köln hat am 25.9.08 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Auch sie wollen keine Produkte mehr kaufen, bei deren Produktion Kinder ausgebeutet wurden.

Doch die Beschlüsse sind nur ein Teil einer ‚sauberen‘ Beschaffung. Viel entscheidender ist es jetzt, die Beschlüsse in die Praxis umzusetzen. Dies stößt auf viele Probleme. In den Kommunen und Gemeinden haben wir die Situation, dass die Berücksichtigung sozialer Vergabekriterien bei den Transfair gelabelten Produkten wie Kaffee, Orangensaft, etc. relativ einfach zu bewerkstelligen ist. Bei ungelabelten Produkten, wie zum Beispiel bei der Arbeitsbekleidung oder Computern, ist dies bedeutend schwieriger.

Das Netzwerk für Unternehmensverantwortung CorA hat deshalb einen Aktionsplan entwickelt, der den Bund auffordert ein Instrumentarium zu entwickeln, um eine faire Vergabepaxis zu entwickeln. Kernforderungen sind dabei:

Klare Kriterien entwickeln

Präzise Kriterien für jede Produktgruppe erleichtern die Umsetzung sozial-ökologischer Beschaffung für Beschaffungsstellen in Kommunen, Ländern und im Bund.

Unterstützung durch eine Servicestelle leisten

Beschaffungsstellen benötigen Hilfestellung für die Gestaltung von Ausschreibungen. Außerdem müssen die Fortschritte dokumentiert, gute Beispiele transportiert und die Einhaltung der geforderten Kriterien überprüft werden. Für diese Aufgaben sollte eine zentrale Servicestelle für sozial-ökologische Beschaffung eingerichtet werden.

Mit gutem Beispiel voran gehen

Die Einkaufspraxis des Bundes muss Vorbild für lokale Beschaffungsstellen und Privatkonsument/innen werden. Dazu sollten bis 2014 50% und bis 2018 100% aller öffentlichen Aufträge auf Bundesebene die Einhaltung sozial-ökologischer Kriterien vorschreiben.